



Der aktuelle Kontext in Guatemala, Dezember 2014

Auszug aus dem Jahresbericht der Guatemala Solidarität

Die Repression in Guatemala ist auf allen Ebenen immer deutlicher spürbar. Mächtige Eliten beeinflussen die Regierung, um den Staat wie ihre Finca zu regieren. Nach dem Genozidprozess 2013 hat sich der Pakt zwischen Oligarchie und Militär verstärkt. In den Anhörungen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission im Oktober wird von einer immer stärkeren Militarisierung der öffentlichen Sicherheit gesprochen. In gemeinsamen Patrouillen und Straßenkontrollen, die zu Beginn der jetzigen Regierung noch gemeinsam von Polizei und Militär durchgeführt wurden, dominiert das Militär. Dies zeigt sich auch am Budget des Verteidigungsministeriums für Aufgaben der inneren Sicherheit, entgegen internationalen Standards, Aufgaben der Polizei und des Militärs klar zu trennen.

Wie in vorherigen Jahren versucht der Staat durch das Ausrufen von Ausnahmezuständen soziale Konflikte rund um Megaprojekte zu kontrollieren, wie etwa in San Juan Sacatepéquez im September: Hier schwelt seit ca. acht Jahren der Konflikt zwischen den anliegenden Gemeinden, die sich der Blumenzucht widmen, und Cementos Progreso, Eigentum der einflussreichen Oligarchenfamilie Novella, über den Bau einer Zementfabrik. Auch hier gibt es zahlreiche Haftbefehle gegen Personen, die sich der Zementfabrik widersetzen. Ein Gemeindemitglied wurde bereits für seinen Widerstand gegen das Projekt zu 150 Jahren Haft verurteilt. Am 19. September wurden zwei Personen am Abend erschossen, eine weitere verletzt, anscheinend von einem Arbeiter der Zementfabrik und Mitglied einer bewaffneten "Zivilpatrouille". Es formierte sich eine aufgebrachte Menge, die den Täter suchte und im Haus der Familie Marcelo Pajoc, die die Zementfabrik unterstützt, vermutete. Als die Polizei trotz mehrfacher Bitte nicht erschien, verschaffte sich die Menge Zugang zum Haus und tötete sechs Familienmitglieder. Hervorzuheben ist zuerst die Abwesenheit der Polizei, die den gewaltsamen Verlauf der Ereignisse hätte abwenden können, und danach die extreme repressive Präsenz des Staates mit einem einmonatigen Ausnahmezustand und zahlreichen Haftbefehlen gegen Gegner des Zementwerkes. Die Anwohner_innen klagten über Amtsmissbrauch seitens des Militärs, drastische Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit und sexuelle Übergriffe gegen Frauen während der Personenkontrolle. Seit November ist eine Anführerin des Widerstands und Mutter von sechs Kindern ohne Anklage in Untersuchungshaft. Die Morde in San Juan dienten auch der rechten Liga Pro Patria als Vorwand, Daniel Pascual, Leiter des Comité de Unidad Campesina (CUC), zu kriminalisieren und wegen Terrorismus anzuklagen.

Gleichzeitig zeigt sich ein starker Militarismus, da zentrale Positionen von Militärs oder Ex-Militärs besetzt werden, u.a. in Positionen der Sicherheitspolitik, aber auch als Präsidenten der Sozialversicherung und der Migrationsbehörde. Der Wirtschaftsverband CACIF übt starken Druck auf Regierung und Staat aus, um ihre neoliberale Agenda durchzusetzen. Auch bewahrt das organisierte Verbrechen seinen Einfluss in allen Sphären. So verweigerte die Regierung Österreichs im Mai den Verkauf von Waffen an die guatemalteckische Polizei, da diese von Korruption und organisierter Kriminalität durchsetzt und die staatlichen Strukturen schwach seien.

Inoffiziell hat bereits der Wahlkampf begonnen, trotz Sanktionen der Obersten Wahlkampfbehörde.

Die Situation der Menschenrechtsverteidiger_innen



Quelle: UDEFEGUA (Jänner 2015), El Acompañante.

Die Repression betrifft besonders Personen, die Menschenrechte verteidigen und eine kritische Berichterstattung ermöglichen. Laut der Statistik von Udefegua überstieg die Zahl der Attacken gegen Menschenrechtsverteidiger_innen die des letzten Jahres (2014 805 Attacken im Vergleich zu 657 im Jahr 2013, die sich im Vergleich zu 2012 mehr als verdoppelt hatten (305 im Jahr 2012)). Die Diffamierungskampagnen seitens des Staates und anderer Akteure haben zugenommen. Die drei häufigsten Attacken waren Einschüchterungen, Schäden an Eigentum und Verfolgungen. Besonders betroffen sind Umweltaktivist_innen und Bäuer_innen. Besorgniserregend ist, der Anstieg von Attacken seitens staatlicher Akteure, die 2014 69% aller Attacken ausmachten; sowie der Anstieg von Attacken gegen Frauen (54% aller Attacken).

Außerdem gibt es einen bedeutsamen Anstieg an Attacken gegen (internationale) Begleiter_innen von Menschenrechtsverteidiger_innen (im weitgefassten Sinn), etwa die versuchte Ausweisung der zwei PBI-Freiwilligen. Neben den bereits notorischen Diffamierungskampagnen seitens der Stiftung gegen den Terrorismus und einschlägigen Kolumnisten wird der Diskurs gegen AusländerInnen immer gesellschaftsfähiger, auch unter Vertreter_innen des Staates und gegen Botschaften gerichtet. Nach der Räumung in La Puya wurde die norwegische Botschaft direkt vom Präsidenten und der Vizepräsidentin in einem Radiointerview beschuldigt, den Widerstand mit Waffen zu versorgen.

Besorgniserregend ist auch das Verhalten der Polizei, in Räumungen wie in La Puya im Mai und Monte Olivo im August, aber auch die illegalen Festnahmen von Menschenrechtsverteidiger_innen durch Zivilpersonen. Am 15. August räumte die Polizei mit großem Aufgebot gewaltsam die Gemeinde Monte Olivo, verletzte Menschen, verbrannte Häuser und Güter. Die Familien flohen in die umliegenden Berge. In Semococh versperrte die Gemeinde der Polizei den Weg nach Monte Olivo. Daraufhin schoss die Polizei direkt auf die Menschen, drei starben. Die Regierung verneint hartnäckig jegliche Verantwortung der Polizei. 22 Demonstranten wurden festgenommen, manchen drohten die Polizisten, sie ebenfalls außergerichtlich zu exekutieren und es wurden zahlreiche Haftbefehle gegen Gemeindeglieder erlassen.

Insgesamt bleiben die Angriffe auf Journalist_innen besorgniserregend. Nach der Veröffentlichung eines Videos zu den Morden der Polizei in Semococh wurde der Mitbewohner des verantwortlichen Journalisten des Centro de Medios Independientes entführt, zusammengeschlagen und wegen der Berichterstattung bedroht. Im Rahmen des Generalstreiks nahm die Polizei in Chiquimula am 18. September die Journalistin Norma Sancir für vier Tage fest und löschte ihr Material, als sie den Streik dokumentieren wollte. Im Streit um die freie Meinungsäußerung zettelte die Stiftung gegen den Terrorismus mehrere Gerichtsverfahren an (u.a. gegen Daniel Pascual (CUC) und Francisca Gómez).

Immer öfter wird kritisiert, dass die Meinungsfreiheit stark eingeschränkt ist. Dies war auch Thema

in den Anhörungen des CIDH im Oktober. Auf lokaler Ebene kontrollieren Lokalpolitiker die Medien. Angesichts des anstehenden Wahlkampfes ist ein weiterer Anstieg der Attacken gegen Journalist_innen zu befürchten. Die vom Staat vor einem Jahr gegründete Instanz zum Schutz von Journalist_innen funktioniert nicht.

Diffamierungen als Terroristen, Aufwiegler und Teil der Organisierten Kriminalität sind oft der erste Schritt zur Kriminalisierung. Die Kriminalisierung verlagert den Konflikt auf das geschwächte und parteiliche Justizsystem (*judicialización de los conflictos*). Dabei werden insbesondere Aktivist_innen, die sich für das Recht auf Selbstbestimmung in ihrem Territorium einsetzen, mit Anschuldigungen des Terrorismus verfolgt. Die Zermürbung durch die Kriminalisierung ist sowohl individuell, in der Zerstörung des Zusammenhalts in den Gemeinden und in den begleitenden Organisationen zu spüren. Mehrere Menschenrechtsverteidiger sind unter fragwürdiger Beweislage verurteilt worden (San Juan Sacatepéquez, Barillas, La Puya), so dass erneut von „politischen Gefangenen“ gesprochen wird.

Auch wenn der Staat viele Urteile des Interamerikanischen Gerichtshofs nicht umsetzt, ist der Schritt an internationale Justizbehörden ein Druckmittel für die nationale Zivilgesellschaft. Der Interamerikanische Gerichtshof ordnete am 28. August im Fall des Mordes an Florentín Gudiel Ramos eine öffentliche Politik zum Schutz der Menschenrechtsverteidiger_innen an.

Ausbeutung natürlicher Ressourcen

Die Konflikte um die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und den Ausverkauf des Territoriums haben sich in allen Landesteilen zugespitzt und verdeutlichen die entgegengesetzten Vorstellungen von Entwicklung der Regierung und der (internationalen) Großunternehmen einer- und der (indigenen) Bevölkerung andererseits. Die Intensivierung der Landkonzentration in den Händen von wenigen steigert die gesellschaftlichen Spannungen. Trotz verbreiteter Unternahrung (ca. 65% der indigenen Kinder auf dem Land) richtet sich die Agrarindustrie auf Export aus. Viele Politiker_innen und Unternehmer_innen werden dazu mit dem Drogenhandel in Verbindung gebracht und setzen auf paramilitärische Strukturen zur Durchsetzung der Projekte. Ihr Sicherheitspersonal setzt sich oft aus ehemaligen Militärs zusammen. In mehreren Fällen (Barillas, San Rafael und El Estor) muss sich Sicherheitspersonal der Unternehmen wegen Menschenrechtsverletzungen, inklusive Mord und Vergewaltigung, verantworten und zwei Unternehmen selbst wurden auch in ihrem Heimatland Kanada für die Vergehen ihrer Tochterunternehmen in zivilen Prozessen angeklagt.

Die Regierung betreibt auf Kosten der (ländlichen) Bevölkerung eine aggressive Politik für ausländische Investitionen. Im August fanden im Kongress Anhörungen, mit Teilnahme der Zivilgesellschaft, zur Reform des Bergbaugesetzes statt. Wegen fehlender Dialogbereitschaft wurde eine weitere Diskussion der Gesetzesreform ausgesetzt. Trotz des wachsenden Widerstands vergab die Regierung Lizenzen, ohne die Bevölkerung darüber zu informieren, geschweige denn zu konsultieren. Der Menschenrechtsombudsmann Guatemalas betonte, dass die indigenen Völker laut ILO-Konvention 169 das Recht auf eine vorherige, informierte Abstimmung haben und äußerte seine Besorgnis, dass derartige Infrastruktur- und Megaprojekte zu zunehmenden Konflikten in indigenen Gebieten führen. Seit 2005 gab es über 90 Volksbefragungen, in denen sich eine deutliche Mehrheit der Bürger_innen gegen diese Megaprojekte ausgesprochen hat. Diese jedoch werden von der Regierung nicht berücksichtigt. Dennoch zeigen die *consultas* öffentlich den Widerstand der Gemeinden. Als Antwort auf diese Mobilisierungskapazität der Gemeinden, die oft von traditionellen Anführer_innen der Gemeinden ausging, versuchten die Unternehmen deren Repräsentativität in Frage zu stellen und kooptierten (traditionelle) Autoritäten.

Dialogische, die von der Regierung als Konfliktlösungsmechanismus propagiert werden, sind allesamt gescheitert, da die Dialoge nicht in einem angemessenen Rahmen und in ungleichen Konditionen stattfanden, die Regierungsvertreter_innen die Argumente der Unternehmen vertreten,

nicht in Mediation geschult sind und Vereinbarungen nicht eingehalten werden.

Die Regierung versuchte, ihre Projekte durchzusetzen, in dem sie sie zu „nationaler Dringlichkeit“ erklärte, wie im Fall des Programms zur 'Erweiterung des Stromnetzes' (PET) und zur 'ländlichen Stromversorgung' (PER) mit dem Regierungsdekret 145-2013, gegen das 27 Gemeinden im November 2013 eine Verfassungsklage einreichten. Damit verschaffte sich die Regierung im Alleingang, das Parlament umgehend, den Zugang zu Gemeinde- und Privatland.

In einer öffentlichen Anhörung am 6. März vor dem Verfassungsgericht argumentierten die Gemeinden, das Dekret verstoße gegen das Recht auf Privatbesitz und kollektives Eigentum sowie gegen das Recht der indigenen Völker auf vorherige Information und Mitbestimmung. Die Stromversorgung Guatemalas ist nach den Friedensverträgen 1996 größtenteils privatisiert worden.

Inzwischen ist der Bau der *Franja Transversal del Norte*, die die guatemaltekische Atlantikküste mit Chiapas, Mexiko, verbindet, fast abgeschlossen. Der Plan eines *corredor interoceánico*, der Atlantik und Pazifik verbinden soll, besteht weiterhin. Gleichzeitig breiten sich die Megaplantagen der Afrikanischen Ölpalme in den Tieflandgebieten, der Pazifikküste, im Polochic-Tal, Petén und Ixcán aus, was zu Konflikten führt und ein erhöhtes Risiko für die Nahrungssicherheit der lokalen Bevölkerung nach sich zieht.

Mitte Juni verabschiedete der Kongress das sogenannte „Monsanto-Gesetz“ (wörtlich Gesetz zum Sortenschutz), was in wochenlangem Protest vor dem Kongress, Straßenblockaden und Protesten in vielen Regionen die zersplitterte Zivilgesellschaft vereinte, da sie ihre Lebensgrundlage, den Maisanbau, in Gefahr sahen. Das Gesetz hätte die Vermehrung von einheimischen Samen, eine gängige Praxis in Guatemala, unter Strafe gestellt. Die Bäuer_innen hätten jedes Jahr neue Samen kaufen müssen. Damit hätte das Gesetz transnationalen Saatgutunternehmen den Markt für genmanipulierte Samen weiter geöffnet. Laut Bäuer_innenorganisationen nutzen 70% der Landwirt_innen die eigenen heimischen Samen zur erneuten Aussaat. Dadurch gibt es eine enorme nichtpatentiertere Saaten- und Pflanzenvielfalt. Schließlich wurde das Gesetz am 5. September im Eilverfahren vom Kongress mit großer Mehrheit widerrufen. Doch die Verpflichtung zur Regelung des Patentrechtes, auch für neue Pflanzenarten, bleibt, als direkte Folge des Zentralamerikanischen Freihandelsabkommens CAFTA-DR mit den USA, das Guatemala 2005 ratifiziert hat, bestehen. Ebenso bleiben die Auswirkungen des am 1. Dezember 2013 in Kraft getretenen Assoziierungsabkommens mit der EU, in dem der Freihandel im Vordergrund steht, abzuwarten.

Kampf gegen die Straflosigkeit

Das Justizsystem offenbart gravierende Schwächen und unterliegt inzwischen weitestgehend dem Einfluss der Regierung und mächtiger Gruppen der Oligarchie und des neuen Kapitals, die sich ihr straffreies Handeln absichern. Damit schwindet die Hoffnung, dass es zu weiteren Erfolgen im Kampf gegen die Straflosigkeit kommt.

Trotz offenkundigem Stimmenkauf und Interessenshandel bei der Ernennung der Richter_innen des Obersten Gerichtshofs und der Berufungsgerichte bestätigte das Verfassungsgericht im November nach einer vorläufigen Suspendierung die Ernennungen. Die wiedergewählte Berufungsrichterin Escobar denunzierte öffentlich, dass ein Abgeordneter ihre Wiederwahl an eine Unterstützung für die Vizepräsidentin knüpfte. Es ist eine Schwäche des Justizsystems, dass die Richter_innen nicht auf Lebenszeit, sondern nur für fünf Jahre ernannt werden und sich somit bei ihren Ernennungen und in ihrer Berufsausübung oftmals durch politische Pakte manipulieren lassen, um ihre Wiederwahl und ihren Lebensunterhalt sicherzustellen. Die UN Sonderberichterstatterin zur Unabhängigkeit der Richter und Anwälte, Gabriela Knaul, kommentierte: „Diese Auswahlprozesse wurden nicht gemäß internationaler Standards ausgeführt, insbesondere was die Objektivität und die

Transparenz betrifft, und beeinträchtigten damit die juristische Unabhängigkeit des Landes.”¹
Bereits der Ernennungsprozess der Staatsanwältin in der ersten Jahreshälfte offenbarte, wie korrumpiert und politisiert das Justizsystem ist. Im Mai war Claudia Paz y Paz in einer verfassungsrechtlich fragwürdigen Entscheidung vorzeitig (statt im Dezember) aus ihrem Amt als Generalstaatsanwältin entlassen worden. Die neue Generalstaatsanwältin Thelma Aldana steht insbesondere der Wirtschaft und der militärischen Oligarchie nahe.

Zumindest ein Fortschritt ist die erste Verurteilung im Fall eines von der Guerilla verübten Massakers. Am 4. Juli wurde der ehemalige Guerillero Fermín Solano für das Massaker in der Gemeinde El Aguacate, Chimaltenango, im Jahr 1988 zu 90 Jahren Haft wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und mehrfachem Mord (an 22 Personen) verurteilt.

Trotz bisher mäßiger Erfolge angesichts der etablierten Parallelstrukturen in allen Teilen des Staates unterstützen die Zivilgesellschaft und die internationale Gemeinschaft eine Verlängerung des Mandats der Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit CICIG, das im September 2015 ausläuft. Pérez Molina lehnte dies bisher ab. Eine endgültige Entscheidung soll bis März getroffen werden.

Im September jedoch deckte die CICIG das kriminelle Netzwerk rund um Byron Lima Oliva auf. Byron Lima Oliva sitzt eine Haftstrafe von 50 Jahren wegen seiner Beteiligung an der Ermordung von Bischof Gerardi nach der Veröffentlichung des Wahrheitsberichts der katholischen Kirche (REMHI) 1998 ab. Er gilt aufgrund seiner familiären, bekanntschaftlichen und beruflichen Verbindungen als einer der mächtigsten Militärs innerhalb der guatemaltekischen Strukturen. Lima Oliva und elf weitere Personen, darunter auch der ehemalige Direktor Camargo und stellvertretende Direktor des Strafvollzugssystems Fisher, müssen sich vor Gericht verantworten. Ihnen wird vorgeworfen, Teil einer kriminellen Struktur zu sein, die sich aus dem Gefängnis heraus der Geldwäsche widmete und sich illegal bereicherte, indem sie unter anderem Gefangenen an den gesetzlichen Regelungen vorbei ermöglichte, in andere Gefängnisse verlegt zu werden. Laut Ermittlungen der CICIG reichen die Verbindungen dieser Struktur u.a. bis ins Innenministerium und in die engeren Kreise rund um den Minister.

Auf internationaler Ebene schreiten Prozesse gegen ehemalige Staatsvertreter, die vor nationalen Gerichten gescheitert sind, voran. In den USA wurde Ex-Präsident Alfonso Portillo (2000-2004) am 22. Mai zu 5 Jahren und 10 Monaten Haft für die Geldwäsche von 2,5 Millionen US Dollar in US Banken verurteilt, die er von Taiwan als damaliger Präsident im Gegenzug für diplomatische Anerkennung Taiwans angenommen hatte. Da Portillo bereits seit 2010 in Haft sitzt, muss er nur noch 1,5 Jahre in Haft bleiben und das unterschlagene Geld an die USA zurückzahlen.

In seiner Resolution am 21. August kritisierte der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof die Nichterfüllung der Urteile² des Gerichtshofes. Weiterhin hat die bisherige Regierung keine UN- und Interamerikanische Sonderberichterstatter eingeladen, und sich somit einer unabhängigen internationalen Beobachtung entzogen.

Im Fall der außergerichtlichen Hinrichtung von Häftlingen in Pavón 2006 und El Infiernito 2005 unter der Regierung Berger, der auch von der CICIG untersucht wird, wurde der damalige Polizeichef Erwin Sperisen am 6. Juni auf Grund seiner Doppelstaatsbürgerschaft in der Schweiz zu lebenslanger Haft verurteilt, da er die Ermordung von 6 Gefangenen angeordnet und selbst einen Gefangenen in Pavón 2006 getötet hatte. Der Freispruch des damaligen stellvertretenden Leiters der Kriminalpolizei Javier Figueroa in Österreich im Oktober 2013 hatte somit keinen negativen Einfluss auf den Prozess in der Schweiz. Es steht weiterhin der Prozess gegen den ehemaligen

1 <http://www.ohchr.org.gt/noticia.asp?idnoticia=166>

2 Im Fall Nicholas Blake, Maritza Urrutia, Massaker Plan de Sánchez, Carpio Nicolle, Tiu Tojin, Florencio Chitay Nech, Mack Chang, Niños de la calle (Villagran Morales y otros), Bámaca Velásquez, Molina Theissen und Massaker Las Dos Erres, und im Fall des Massakers von Río Negro und dem Diario Militar

Innenminister Carlos Vielman auf Grund seiner Doppelstaatsbürgerschaft in Spanien aus. Im März entschied die spanische Justiz, dass dieser wegen zehn außergesetzlicher Hinrichtungen angeklagt wird, nachdem einem Einspruch Vielmans nicht stattgegeben wurde. Vielman wurde im Oktober 2010 in Spanien verhaftet.

In Guatemala ordnete das Berufungsgericht im Februar an, dass das nationale Urteil vom 8. August 2013 im Fall der außergerichtlichen Hinrichtung in Pavón 2006 und El Infiernito 2005, bei dem drei Polizisten und der Bruder Figueroas verurteilt und vier weitere Angeklagte freigesprochen wurden, wiederholt werden muss.